

*Zpráva Českého helsinského výboru o stavu lidských práv v České republice v roce 1999 [Bericht des Tschechischen Helsinki-Ausschusses über den Stand der Menschenrechte in der Tschechischen Republik im Jahre 1999].*

Český helsinský výbor, Praha 2000, 152 S.

Zum sechsten Mal veröffentlicht der Tschechische Helsinki-Ausschuß seinen Jahresbericht über Gewährleistung und Schutz der Menschenrechte. Der 1988 von Dissidenten, vorwiegend aus dem Kreis um die „Charta '77“ gegründete Ausschuß hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Einhaltung der in der Urkunde der Grundrechte und Grundfreiheiten und in den von der Tschechischen Republik ratifizierten internationalen Abkommen garantierten Menschenrechte zu überwachen und auf Verletzungen dieser Bestimmungen hinzuweisen. Seine Rolle hat sich seit 1988 insofern geändert, als jetzt von der Regierung der Tschechischen Republik ein Regierungsbevollmächtigter für die Menschenrechte ernannt und zum Vorsitzenden

des Rats für Menschenrechte, des Rats für die Nationalitäten der Tschechischen Republik und auch der Interministeriellen Kommission für Angelegenheiten der Gemeinschaft der Roma bestellt wurde. Der Helsinki-Ausschuß fühlt sich aber weiterhin verpflichtet, dem Rat für Menschenrechte und den zuständigen staatlichen Stellen „kritische Signale“ zukommen zu lassen, wenn gegen Menschenrechte verstoßen wird.

Der vorliegende, mit Unterstützung der Ford-Stiftung veröffentlichte Jahresbericht ist in zwanzig Kapitel gegliedert, in denen die Rechte der Kinder, der Frauen, der Senioren, der Obdachlosen, der Patienten usw. behandelt werden. Ausführlich werden die durch die jüngste Gesetzgebung auf dem Gebiet der Staatsangehörigkeit, des Asylwesens oder der Wehrpflicht herbeigeführten Neuerungen erläutert und über geplante Gesetzesänderungen referiert, etwa die Reduzierung des Instanzenzugs im Straf- und Zivilprozeß, die unterschiedliche Gestaltung der Gerichts- und Verwaltungssprengel, der Verzicht auf ein Oberstes Verwaltungsgericht (obwohl in der Verfassung vorgesehen) oder die Privatisierung des Exekutionswesens. Der Bericht enthält kein Kapitel über die Religionsfreiheit, auch auf eine Analyse der ökonomisch-sozialen Situation, etwa die Arbeitslosigkeit und das Recht auf Arbeit – darauf wird im Vorwort verwiesen – wird verzichtet.

Im Kapitel über den Schutz nationaler Minderheiten nimmt die Frage der Roma und hier vor allem der Bau einer vier Meter hohen Mauer in der Stadt Ústí nad Labem (Aussig), durch die die Wohnungen der Roma von denen der übrigen Bewohner getrennt werden sollten, breiten Raum ein. Von der deutschen Minderheit wird gesagt, daß sie die ihr durch die Nachkriegsgesetzgebung auferlegte Kollektivschuld und die daraus resultierende Verweigerung von Restitutionsleistungen als unbefriedigend empfindet.

Schade, daß diese nützliche Broschüre, die so mutig gegen jede Form der Diskriminierung ankämpft, selbst nicht ohne die Diskriminierung anderer auskommt: Sie fordert die tschechischen Beamten zu einer „Entösterreicherung“ auf und versteht darunter die Befreiung von „gegenüber dem Ausland bisweilen aggressiven Abwehrgewohnheiten“.

Linz

Helmut Slapnicka